



Perspektive Schweiz
Perspective Suisse
Prospettiva Svizzera

Umfrageergebnisse 2006

Kurzfassung

Weitere Informationen und die vollständige Publikation finden Sie unter:

<http://www.perspektive-schweiz.ch>

11.10. – 08.12.2006

20'614 Teilnehmer

43 Fragen

Sponsoren:



Inhaltsverzeichnis

Studie Perspektive Schweiz	S. 2
Repräsentativität	S. 3
Die wichtigsten Ergebnisse in Kürze	S. 4
Zusammenfassungen:	
Gesundheitspolitik	
Übersicht	S. 5
Erläuterungen	S. 6
Arbeitsmarktpolitik	
Übersicht	S. 9
Erläuterungen	S. 10
Steuerpolitik	
Übersicht	S. 12
Erläuterungen	S. 13
Verkehrspolitik	
Übersicht	S. 15
Erläuterungen	S. 16
Energiepolitik	
Übersicht	S. 18
Erläuterungen	S. 19
Stichprobe und Methodik	S. 20
Danksagungen	S. 21

Die vollständigen Ergebnisse von allen „Perspektive Schweiz“-Umfragen finden Sie in einer einfach zu bedienenden Online-Datenbank unter <http://ergebnisse.perspektive-schweiz.ch/>

Impressum

Perspektive Schweiz

c/o Vernunft Schweiz
Postfach 211
9013 St.Gallen
www.vernunft-schweiz.ch
www.perspektive-schweiz.ch

„Perspektive Schweiz“ ist ein Projekt von:



Vernunft Schweiz

Redaktion:

Sascha Hilpert, Christian Bächinger, Maxime Botteron, Andreas Christen, Thomas Seiler

Alle geschlechtsspezifischen Bezeichnungen im Bericht gelten grundsätzlich immer für Frauen und Männer.

Alle Daten und Grafiken dürfen unter Angabe der Quelle frei verwendet werden.

Publikation: Januar 2007

Studie Perspektive Schweiz

Perspektive Schweiz ist die Online-Umfrage zur Zukunft der Schweiz. Über 20'600 Teilnehmer aus der ganzen Schweiz haben während acht Wochen zu verschiedenen politischen Vorschlägen und Ideen Stellung genommen. Auf www.perspektive-schweiz.ch konnte der dreisprachige Fragebogen mit 43 Fragen anonym ausgefüllt werden.

Fragen wurden zu folgenden Themenbereichen gestellt: Gesundheitspolitik, Steuerpolitik, Verkehrspolitik, Arbeitsmarktpolitik und Energiepolitik. Das Ziel der Umfrage ist es, politische Vorschläge in einem frühen Stadium der Diskussion auf ihre Mehrheitsfähigkeit hin zu überprüfen. Damit soll für Parlamentarier und interessierte Kreise eine Grundlage für politische Neuerungen geschaffen und eine Blockierung der Politik vermieden werden. Ein weiteres Ziel ist es, die Bevölkerung zu mobilisieren an der Diskussion über die Zukunft der Schweiz teilzunehmen und die Zukunft so aktiv mitzugestalten.

Hinter dem Projekt stehen acht 21 – 23 Jährige Rechts-, Wirtschafts-, Politikwissenschaftstudenten der Universität St. Gallen, Zürich und Basel. Sie haben während bis zu einem Jahr ehrenamtlich für die Umsetzung der Studie gearbeitet. Initiiert wurde Perspektive Schweiz vom Verein Vernunft Schweiz. Dieser wurde 2003 von Studenten gegründet, um „politisch interessierten Bürgern der Schweiz Grundkenntnisse der Volkswirtschaftslehre verständlich und praxisbezogen näher zu bringen und zu vermitteln. Der Verein soll als parteiübergreifende Organisation zur sachlichen Diskussion politischer Themen beitragen, indem er ökonomisch fundierte Fakten einbringt.“ (Statuten, Art. 2)

Perspektive Schweiz wird in der Deutschschweiz unterstützt von

- Doris Leuthard (Bundesrätin CVP),
- Hansjörg Walter (Nationalrat SVP),
- Fulvio Pelli (Präsident FDP),
- Werner Marti (Nationalrat SP) und
- Ruth Genner (Präsidentin Grüne).

In der Westschweiz wird das Projekt unterstützt von

- Christian Levrat (Nationalrat SP),
- Pierre Kohler (Nationalrat CVP),
- Martine Brunschwig-Graf (Nationalrätin LP)
- Jean-François Rime (Nationalrat SVP).

Diese Persönlichkeiten haben sich freundlicherweise im Patronatskomitee engagiert.

Web:

www.vernunft-schweiz.ch

www.perspektive-schweiz.ch

Repräsentativität

Schwierigkeiten und Lösungen

"Perspektive Schweiz" ist eine Internetumfrage mit dem Ziel eine repräsentative Aussage zu treffen, was die Schweizer Bevölkerung an der Schweiz verändern möchte.

Eine normale Internetumfrage ist in der Regel nicht repräsentativ, d.h. sie sagt nichts über die Meinung der Gesamtbevölkerung aus. Dafür gibt es drei Gründe:

- Personen die kein Internet haben, können nicht an der Umfrage teilnehmen.
- Es können nur Personen an der Umfrage teilnehmen, welche davon wissen.
- Es nehmen nur Personen teil, welche am Umfragethema interessiert sind.

Damit nun "Perspektive Schweiz" trotzdem ein repräsentatives Ergebnis erhält, wurden mehrere Vorkehrungen getroffen:

- Damit möglichst alle Schweizer von der Umfrage erfahren, wurden mehr als 3.5 Millionen Internetwerbungen bei google.ch und search.ch eingeblendet. Weiter wurden über 2'500 Ortsparteien über die Umfrage informiert und über Medienarbeit und verschiedene Partner werden weitere Personen erreicht.
- Alle Antworten werden nach den demographischen Kriterien Alter, Geschlecht, Kanton und Bildung gewichtet. Damit bilden die Antworten die Schweizer Bevölkerung in diesen Punkten exakt ab.

Mit diesen beiden Vorkehrungen speziell mit dem Gewichtungsverfahren, werden die von normalen Internetumfragen bekannten Verzerrungen fast vollständig eliminiert. Es bleibt eine kleine Restverzerrung, die nicht korrigiert werden kann, die dazu führt, dass die mögliche Abweichung der Ergebnisse vom wahren Wert ca. 2-4 Mal höher liegt als bei einer normalen Umfrage.

Die Ergebnisse von "Perspektive Schweiz" sind daher bei über 20'000 Teilnehmern mit einer Fehlertoleranz von +/- 4% repräsentativ für die Meinung der Schweizer Bürger.

Weitere Informationen zur Methodik finden Sie auf der Seite „Methodik und Stichprobe“.

Beispiele zur Qualität der Ergebnisse

Die Ergebnisse von "Perspektive Schweiz" lassen sich in zwei Fällen direkt mit Wahlen bzw. Abstimmungen an der Urne vergleichen. Diese beiden Beispiele zeigen, dass die Ergebnisse von "Perspektive Schweiz" der Meinung der Schweizer tatsächlich entsprechen. Bei der Interpretation des Abstimmungsbeispiels ist zu beachten, dass die verschiedenen Angaben zu unterschiedlichen Zeitpunkten erhoben wurden und Abweichungen daher auch immer auf eine Veränderung der Meinung in der Bevölkerung zurückgehen können.

In der Umfrage von 2004 fragte Perspektive Schweiz nach der Meinung der Bevölkerung über eine Vereinheitlichung des Bildungssystems. Am 21. Mai 2006 hat schliesslich die Schweizer Bevölkerung in einer Abstimmung die Vereinheitlichung des Bildungssystems beschlossen:

	PS 2004	Abstimmung 21.05.2006
Ja	88%	85.6%
Nein	5%	14.4%
Weiss nicht	8%	-

Auch die Wählerstärken der Parteien werden von Perspektive Schweiz in Übereinstimmung mit anderen Umfragen und Wahlen korrekt ermittelt:

	SP	CVP	FDP	SVP
NR Wahlen 2003	23.3%	14.4%	17.3%	26.7%
PS 2004	24.2%	12.6%	19.0%	26.8%
PS 2005	25.4%	12.0%	17.9%	27.4%
PS 2006	23.6%	12.2%	17.8%	26.6%
Umfrage SRG Okt. 06	23.5%	14.2%	15.5%	26.4%

Die wichtigsten Ergebnisse in Kürze

Eine absolute Mehrheit erreichen folgende Vorschläge:

	Ja	k.A.	Nein
Ärzte und Apotheker müssen den Patienten auf allfällig vorhandene Generika aufmerksam machen.	94%	4%	2%
Verkehrsdelikte werden gesamtschweizerisch gleich bestraft. Kantonale Besonderheiten werden vereinheitlicht.	90%	6%	4%
Für alle Kantone gilt eine Schuldenbremse. Die Kantone dürfen langfristig nicht mehr ausgegeben als sie einnehmen.	75%	15%	10%
Unternehmen sind verpflichtet, pro 20 Angestellte eine Lehrstelle anzubieten.	72%	12%	16%
Die Erbschaftssteuer wird in allen Kantonen abgeschafft.	69%	12%	19%
Die Höhe der Krankenkassenprämie wird unabhängig vom Wohnort festgelegt.	68%	12%	20%
Der Steuerwettbewerb für Einkommen über CHF 300'000.- wird abgeschafft, d.h. die Steuersätze für Einkommen über CHF 300'000 werden schweizweit vereinheitlicht.	66%	16%	18%
Unternehmen, die mehr als 500 Angestellte in der Schweiz beschäftigen, werden verpflichtet, Krippenplätze anzubieten.	60%	14%	26%
Fahrzeuglenker müssen ab dem 70. Altersjahr alle zwei Jahre die praktische Führerprüfung wiederholen.	59%	13%	28%

Eine relative Mehrheit erreichen folgende Vorschläge:

Personen, welche im vorherigen Jahr unterdurchschnittlich hohe Gesundheitskosten verursacht haben, bezahlen im folgenden Jahr 20% weniger Krankenkassenprämie als diejenigen, welche überdurchschnittlich viele Gesundheitsleistungen konsumiert haben.	48%	12%	40%
Verhält sich eine Person ungesund (bsp. durch Zigarettenkonsum), so erhöht sich ihre individuelle Krankenkassenprämie.	47%	11%	42%
Um die finanzielle Lage der Universitäten zu stärken, werden die Semestergebühren auf 5000 Fr. (heute zwischen 500 und 2000) erhöht. Bedürftige Studenten erhalten zur Finanzierung der Ausbildung vom Staat ein bis Ende Studium zinsloses Darlehen.	43%	16%	41%
Der Leistungskatalog der obligatorischen Krankenkasse wird auf die lebensnotwendigsten Leistungen eingeschränkt. Dies senkt die obligatorische Prämie. Für die weiteren Leistungen können individuelle Zusatzversicherungen abgeschlossen werden.	42%	17%	41%

Abgelehnt wurden folgende Vorschläge:

In der Schweiz werden einkommensabhängige Selbstbehalte für die obligatorische Krankenkasse eingeführt.	42%	14%	44%
Der Cannabiskonsum ist nach Vollendung des 18. Lebensjahres legal.	36%	12%	52%
In allen grossen Unternehmen in der Schweiz müssen mindestens 30% der Verwaltungsratsmitglieder Frauen sein.	35%	20%	45%
Das Personenfreizügigkeitsabkommen wird ohne Abstimmung auf weitere neue EU-Mitgliedstaaten ausgedehnt.	33%	19%	48%
Ab dem 50. Altersjahr ist ein jährlicher Gesundheitscheck obligatorisch.	24%	16%	60%

Gesundheitspolitik

Übersicht

Nr.	Frage	Ja	Weiss nicht /neutral	Nein
12	Verhält sich eine Person ungesund (bsp. durch Zigarettenkonsum), so erhöht sich ihre individuelle Krankenkassenprämie.	47%	11%	42%
13	Ab dem 50. Altersjahr ist ein alljährlicher Gesundheitscheck obligatorisch.	24%	16%	60%
14	In der Schweiz werden einkommensabhängige Selbstbehalte für die obligatorische Krankenkasse eingeführt.	42%	14%	44%
15	Ärzte und Apotheker müssen den Patienten auf allfällig vorhandene Generika aufmerksam machen.	94%	4%	2%
16	Die Höhe der Krankenkassenprämie wird unabhängig vom Wohnort festgelegt.	68%	12%	20%
17	Bei jedem Arztbesuch fällt eine Pauschalgebühr von 10 Franken an, welche man gleich beim Arzt selbst bar bezahlen muss.	22%	10%	68%
18	Personen, die im vorherigen Jahr unterdurchschnittlich hohe Gesundheitskosten verursacht haben, bezahlen im folgenden Jahr 20% weniger Krankenkassenprämie als diejenigen, welche überdurchschnittlich viele Gesundheitsleistungen konsumiert haben.	48%	12%	40%
19	Der Leistungskatalog der obligatorischen Krankenkasse wird auf die lebensnotwendigsten Leistungen eingeschränkt. Dies senkt die obligatorische Prämie. Für die weiteren Leistungen können individuelle Zusatzversicherungen abgeschlossen werden.	42%	17%	41%
20	Der Cannabiskonsum ist nach Vollendung des 18. Lebensjahres legal.	36%	12%	52%

Nr.	Frage	< 5Fr.	5 Fr.	6.5 Fr.	8 Fr.	9.5 Fr.	9.5 Fr. <
21	Wie teuer soll ein Päckchen Zigaretten sein?	13%	22%	12%	18%	4%	31%

Nr.	Frage	
22	An welchen der folgenden Orte befürworten Sie ein Rauchverbot? (Mehrfachnennungen möglich)	
	Pubs/Bars	37%
	Bahnhof (geschlossene Räume)	86%
	Bahnhof (offene Räume)	22%
	Speiserestaurants	77%
	Arbeitsplatz (geschlossene Räume)	90%
	Arbeitsplatz (offene Räume)	36%
	öffentliche Bildungseinrichtungen (geschlossene Räume)	91%
	öffentliche Bildungseinrichtungen (offene Räume)	43%
	An keinem Ort, rauchen soll grundsätzlich erlaubt sein	7%

Nr.	Frage	Gar nicht	Etwas	Sehr	k.A.
23	Mussten Sie in den letzten 5 Jahren aufgrund der gestiegenen Krankenkassenprämien Ihren Lebensstandard einschränken?	34%	49%	11%	6%

Das allbestimmende Thema in der Gesundheitspolitik sind die immer weiter steigenden Kosten. Die Krankenkassenprämien haben sich in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht. So wurden mehr und mehr politische Forderungen laut das Wachstum zu bremsen.

Lebensweise

Eine relative Mehrheit von 47% der Gesamtbevölkerung möchte die Krankenkassenprämie für Personen, welche ungesund leben erhöhen, wobei eine Minderheit von 42% dagegen ist. Männer sind eher für eine Berücksichtigung der Lebensweise (51% Ja, 38% Nein). Bei den Frauen ist eine relative Mehrheit von 45% dagegen und 43% sind dafür.

Jeweils die jüngste (51% Ja) und die älteste Altersgruppe (49% Ja) sind am stärksten für eine Berücksichtigung. Bei dieser Frage ist zu beachten, dass die Ergebnisse unter Berücksichtigung des in der Fragestellung genannten Beispiels (Zigarettenkonsum) interpretiert werden müssen.

Obligatorischer Gesundheitscheck

Ab einem bestimmten Alter steigt das Risiko zu erkranken und damit auch die Gesundheitskosten. Dies führt zur Idee, einen obligatorischen jährlichen Gesundheitscheck für über 50 jährige einzuführen, um Erkrankungen frühzeitig zu erkennen.

Der Vorschlag wird vom Volk mit einem Anteil von 60% Nein abgelehnt (bei 24% Ja). Auffallend ist der positive Zusammenhang zwischen Alter und Ablehnung: Nur 47% der 15-24 Jährigen, hingegen 67% der über 65 jährigen lehnen den Vorschlag ab.

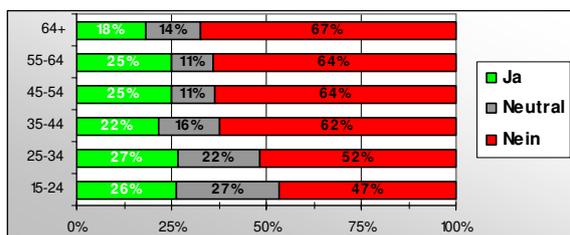


Abbildung 1: Der Vorschlag wird bei der älteren Bevölkerungsgruppen stärker abgelehnt.

Die Ablehnung steigt auch mit steigendem Einkommen und steigendem Bildungsniveau. Die Wähler aller Parteien verwerfen den Vorschlag.

Einkommensabhängige Selbstbehalte

Hohe Selbstbehalte belasten oftmals das Budget von Bürgern mit niedrigem Einkommen. Die Einführung eines Selbstbehaltes, dessen Höhe vom individuellen Einkommen abhängt, stellt eine mögliche Lösung dieses Problems dar. Eine knappe Mehrheit von 44% zu 42% ist gegen diesen Reformvorschlag. Bürger mit Einkommensklassen bis 6000 Fr. heissen den Vorschlag mehrheitlich gut. Ab einem Einkommen von 6000 Fr. wird er abgelehnt, wobei die Ablehnungsquote mit steigendem Einkommen weiter zunimmt.

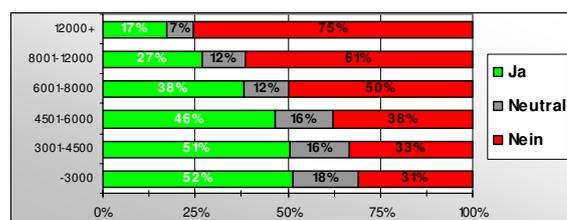


Abbildung 2: Die Ablehnungsquote nimmt mit steigendem Einkommen zu

Wähler der SP und der Grünen heissen als einzige den Vorschlag gut (61%, resp. 54% Ja).

Generika

Viele Bürger wählen trotz vorhandenem Generikum das teurere Originalpräparat. Der Vorschlag lautet: Ärzte und Apotheker müssen einen Patienten auf allfällig vorhandene Generika aufmerksam machen.

Diesen Vorschlag heissen 94% der Schweizer gut und nur 2% lehnen ihn ab. Die Zustimmung ist in allen Bevölkerungsgruppen und allen politischen Lagern über 90%.

Kantonale Krankenkassenprämien

In der Schweiz weichen die Krankenkassenprämien der einzelnen Kantone voneinander ab. 68% der Schweizer Bevölkerung begrüßen den Vorschlag, diese Unterschiede aufzuheben und 20% lehnen ihn ab. Zu beachten ist, dass auf dem Land die Zustimmung mit 64% kleiner ist als in den Städten mit 70%.

Pauschalgebühr beim Arztbesuch

Deutschland kennt die Praxis, dass Patienten für jeden Arztbesuch pauschal einen gewissen Betrag bar bezahlen müssen. Der Vorschlag, dass auch in der Schweiz bei jedem Arztbesuch 10 Fr. bar bezahlt werden müssen, wird mit 68% Nein abgelehnt (22% Ja). Die Zustimmung für die Vorlage steigt mit höherem Einkommen und erreicht maximal 41% (bei 51% Nein). Je

höher das Bildungsniveau ist, desto eher findet die Vorlage eine Zustimmung: Auf dem niedrigsten Bildungsniveau heissen 20% den Vorschlag gut, auf dem höchsten Bildungsniveau 32%.

Anreizsystem für niedrige Kosten

Eine Möglichkeit einen Anreiz zu bieten individuell weniger Gesundheitskosten zu verursachen, stellt folgender Vorschlag dar: Personen, welche im vorherigen Jahr unterdurchschnittlich hohe Gesundheitskosten verursacht haben, bezahlen im folgenden Jahr 20% weniger Krankenkassenprämie als diejenigen, welche überdurchschnittlich viele Gesundheitsleistungen konsumiert haben.

Eine relative Mehrheit von 48% (40% Nein) heisst diese Idee gut. Auffallend ist die Abnahme der Zustimmung mit zunehmendem Alter. 49% der über 55 Jährigen lehnen den Vorschlag ab.

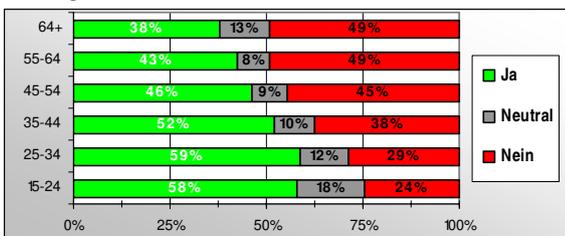


Abbildung 3: Die Zustimmung nimmt mit zunehmendem Alter ab.

Die Zustimmung ist bei den Anhängern der SVP und der FDP höher (56%, resp. 55% Ja), als bei den Anhängern der SP und der CVP (36%, resp. 42% Ja). Die Westschweiz ist gegenüber dem Vorschlag skeptischer eingestellt, als die Deutschschweiz oder das Tessin.

Einschränkung Leistungskatalog

Ein weiterer Vorschlag zur Kostensenkung ist folgender: Der Leistungskatalog der obligatorischen Krankenkasse wird auf die lebensnotwendigsten Leistungen eingeschränkt. Für weitere Leistungen können individuelle Zusatzversicherungen abgeschlossen werden.

Männer befürworten den Vorschlag mit 45% (40% Nein), wohingegen Frauen den Vorschlag ablehnen (39% Ja zu 43% Nein). Anhänger der FDP und der SVP befürworten den Vorschlag, wohingegen Anhänger der SP und der Grünen den Vorschlag.

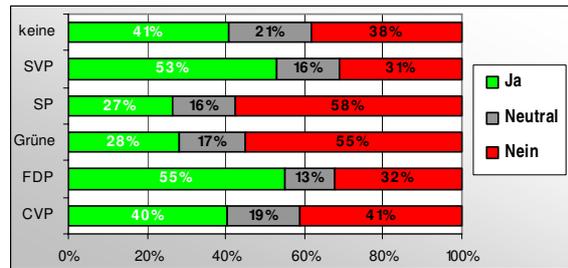


Abbildung 4: FDP und SVP sind für eine Einschränkung des Leistungskatalogs.

Cannabislegalisierung

Eine eingereichte Volksinitiative fordert die Legalisierung des Cannabiskonsums.

Nach Meinung der Schweizer Bevölkerung soll der Cannabiskonsum nicht legalisiert werden. Eine Mehrheit von 52% verwirft den Vorschlag (36% Ja). Unterschiede gibt es zwischen den verschiedenen Altersgruppen. Ab 35 Jahren ist eine Zunahme der Ablehnung mit steigendem Alter zu verzeichnen. Wähler der SP (52% Ja, 37% Nein) und der Grünen (57% Ja, 31% Nein) stimmen dem Vorschlag zu, Anhänger der anderen Parteien lehnen ihn ab.

Zigarettenpreise

Aktuell beträgt der Preis für ein Pack Zigaretten ca. 6 Fr. Eine deutliche Mehrheit von 66%

der Bevölkerung wünscht sich höhere Zigarettenpreise als heute. Nur 13% wünschen sich Preise von unter 5 Fr., wohingegen 31% Preise von mehr als 9.5 Fr. bevorzugen. Mit höherem Bildungsniveau steigt der Anteil der Personen, welche höhere Preise fordern.

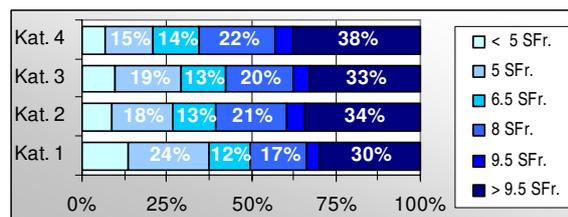


Abbildung 5: Leute mit hohem Bildungsniveau befürworten höhere Zigarettenpreise.

Legende	
Kat. 1	Obligatorische Schule
Kat. 2	Maturitätsschule, DMS
Kat. 3	Höhere Berufsausbildung
Kat. 4	Universität, Fachhochschule

Rauchverbot

In den letzten Jahren hat in mehreren Kantonen eine Entwicklung zu Rauchverboten in öffentlichen Räumen stattgefunden. Eine jeweils deutliche Mehrheit der Bevölkerung möchte das Rauchen an Orten wie Bahnhöfen (geschlossene Räume, 86%), Speiserestaurants (77%), Arbeitsplätzen (geschlossene Räume, 90%) und öffentlichen Bildungseinrichtungen (geschlossene Räume, 91%) verbieten. Nur gerade 7% möchten das Rauchen grundsätzlich überall erlauben.

Ein Rauchverbot in Pubs/Bars findet nur im Tessin eine absolute Mehrheit in den anderen Kantonen kommt keine Mehrheit von über 50% zustande. Die Frage berücksichtigt die unentschlossenen Personen nicht; es ist daher denkbar, dass auch in anderen Kantonen unter Ausschluss der Unentschlossenen Mehrheiten existieren.

Lebensstandard

60% der Bevölkerung geben an, dass sie in den letzten fünf Jahren den individuellen Lebensstandard aufgrund steigender Krankenkassenprämien zumindest leicht einschränken mussten. Dies trifft vor allem für junge Personen, Menschen mit tieferem Einkommen und Personen mit tieferem Bildungsniveau zu. Interessant ist der Vergleich der Antworten dieser Fragen, mit den Antworten anderer Fragen der Gesundheitspolitik:

So befürworten diejenigen eine Koppelung der Krankenkasseprämie mit einer gesunden/ungesunden Lebensführung mit 55% am stärksten, welche den Lebensstandard nicht einschränken mussten. Jene, welche angeben, dass sie ihren Lebensstandard sehr einschränken mussten, lehnen den Vorschlag ab (37% Ja, 53% Nein).

Ähnliches ist auch bezüglich der Frage, ob der Leistungskatalog eingeschränkt werden soll, zu verzeichnen: Es befürworten diejenigen eine Einschränkung des Leistungskatalogs mit 48% Ja am stärksten (38% Nein), auf deren Lebensstandard die steigenden Krankenkassenprämien keinen Einfluss hatten. Jene, welche ihren Lebensstandard als sehr eingeschränkt betrachten, lehnen den Vorschlag mit einem relativen Mehr ab (38% Ja, 48% Nein).

Es ist also festzustellen, dass diejenigen Personen, welche angeben unter den steigenden Krankenkassen am stärksten zu leiden, alle im Fragebogen abgefragten Möglichkeiten zur Kostensenkung am deutlichsten ablehnen.

Arbeitsmarktpolitik

Übersicht

Nr.	Frage	Ja	Weiss nicht /neutral	Nein
24	Das Personenfreizügigkeitsabkommen wird ohne Abstimmung auf weitere neue EU-Mitgliedstaaten ausgedehnt.	33%	19%	48%
25	Um die finanzielle Lage der Universitäten zu stärken, werden die Semestergebühren auf 5000 Fr. (heute zwischen 500 und 2000) erhöht. Bedürftige Studenten erhalten zur Finanzierung der Ausbildung vom Staat ein bis Ende Studium zinsloses Darlehen.	43%	16%	41%
26	In allen grossen Unternehmen in der Schweiz müssen mindestens 30% der Verwaltungsratsmitglieder Frauen sein.	35%	20%	45%
27	Unternehmen, die mehr als 500 Angestellte in der Schweiz beschäftigen, werden verpflichtet, Krippenplätze anzubieten.	60%	14%	26%
28	Unternehmen sind verpflichtet, pro 20 Angestellte eine Lehrstelle anzubieten.	72%	12%	16%

Nr.	Frage	Nein	Bis 66	Bis 67	Länger
29	Sind Sie bereit, zu Gunsten einer gesicherten AHV länger zu arbeiten? (Heute gilt bis 65/64)	67%	17%	11%	5%

Nr.	Frage	Nein	Eher nein	Neutral	Eher ja	Ja
30	Sind Sie bereit, zu Gunsten einer gesicherten AHV mehr Steuern oder Lohnabgaben zu bezahlen?	47%	22%	7%	19%	5%
31	Sind Sie bereit, zu Gunsten einer gesicherten AHV Rentenkürzungen zu akzeptieren?	66%	22%	5%	6%	2%

Politische Fragen welche den Arbeitsmarkt betreffen, werden oft kontrovers diskutiert. Oftmals gilt es, eine Entscheidung zu fällen, ob der Arbeitsmarkt in Zeiten der Globalisierung mehr oder weniger reguliert werden soll. Diese Entscheidungen sind in der Regel für alle von hoher Wichtigkeit, da es um die Lebensgrundlage der Bürger geht.

Personenfreizügigkeit

Seit der Unterzeichnung der bilateralen Verträge I mit der EU gilt das Personenfreizügigkeitsabkommen. Tritt ein neues Land der EU bei, muss das Abkommen gemäss der Abmachung mit der EU auf dieses neue Land erweitert werden. Dafür braucht es einen referendumsfähigen Beschluss des Schweizer Parlaments. Der Vorschlag lautet nun, das Abkommen in Zukunft ohne neue Volksabstimmung zu erweitern.

Eine relative Mehrheit von 48% verwirft die Idee. Nur ein Drittel der Bevölkerung heisst diesen Vorschlag gut. Die Befürwortung nimmt mit zunehmendem Einkommen, Alter und Bildungsstand zu. Eine absolute Mehrheit der Anhänger der Grünen und der SP ist dafür (je 56% Ja), wohingegen SVP-Wähler diesen Vorschlag mit 80% deutlich verwerfen:

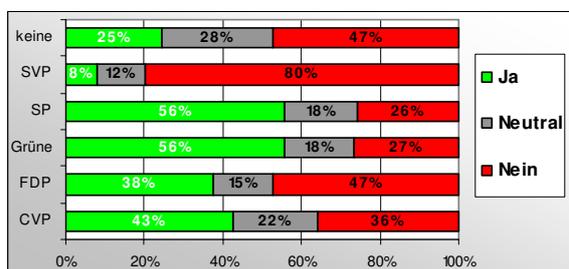


Abbildung 6: Grüne und SP verlangen keine Volksabstimmung.

Studiengebühren

Heute werden die Kosten der universitären Ausbildung mehrheitlich vom Gemeinwesen getragen während die Semestergebühren von 500 bis 2000 Fr. nur einen kleinen Teil der Kosten decken. Der Vorschlag lautet nun, diese auf 5000 Fr. pro Semester zu erhöhen. Damit es keine Benachteiligungen für Personen mit tiefen Einkommen gibt, soll der Staat diesen ein bis Ende Studium zinsloses Darlehen gewähren.

Die Bevölkerung ist geteilter Meinung über diesen Vorschlag. 43% befürworten ihn, 41% lehnen den Vorschlag ab. Mit zunehmendem Alter nimmt die Unterstützung zu: Eine absolute Mehrheit von 52% der über 55 Jährigen heisst den Vorschlag gut (37% Nein). Personen mit akademischer Ausbildung lehnen den Vorschlag mehrheitlich ab, wohingegen Personen mit Berufsausbildung den Vorschlag mehrheitlich annehmen.

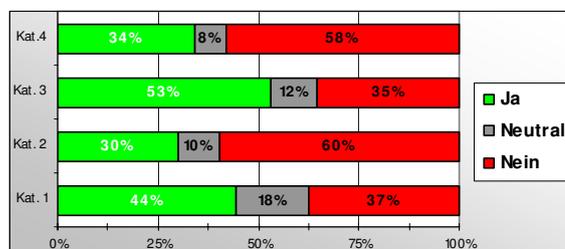


Abbildung 7: Personen mit akademischer Ausbildung lehnen höhere Studiengebühren ab.

Legende	
Kat. 1	Obligatorische Schule
Kat. 2	Maturitätsschule, DMS
Kat. 3	Höhere Berufsausbildung
Kat. 4	Universität, Fachhochschule

Frauenquote in Verwaltungsräten

Norwegen kennt für alle börsenkotierten Unternehmen eine obligatorische Frauenquote von 40% in Aufsichtsräten. Der Vorschlag lautet nun, dass auch in der Schweiz eine solche Quote eingeführt wird und alle grossen Unternehmen den Verwaltungsrat mit mindestens 30% Frauen besetzen müssen.

Dies findet in der Bevölkerung mit 35% Ja zu 45% Nein keine Mehrheit. Die Ablehnung nimmt mit wachsendem Einkommen zu: Die Zustimmung bei der niedrigsten Einkommenskategorie ist doppelt so hoch, wie bei der höchsten (41% Ja und 33% Nein gegenüber 20% Ja und 70% Nein). Die Anhänger der bürgerlichen Parteien verwerfen diesen Vorschlag, wohingegen die Anhänger der SP und der Grünen diese Idee mit mehr als 55% der Stimmen unterstützen. 29% der Anhänger der Grünen und 25% der Anhänger der SP verwerfen den Vorschlag.

Auch deutlich ist der Unterschied zwischen den Geschlechtern: 50% der Frauen (28% Nein) aber nur 19% der Männer (62% Nein) befürworten den Vorschlag.

Die Westschweizer, die Tessiner und die Stadtbasler unterstützen eine Frauenquote in Verwaltungsräten am stärksten, während die Zentralschweizer (ZG, UR, OW, NW) sich als stärkste Gegner dieser Idee herausstellen (26% Ja zu 57% Nein).

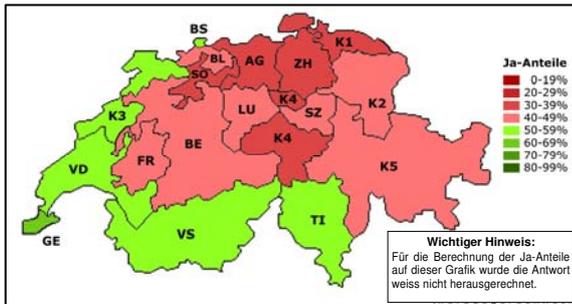


Abbildung 8: Die lateinische Schweiz ist für eine Quote

Krippenplätze

In der heutigen Gesellschaft arbeiten oft beide Elternteile. Deshalb gibt es Forderungen, dass grosse Unternehmen ab 500 Arbeitnehmern Krippenplätze zur Verfügung stellen müssen.

60% der Bürger befürworten den Vorschlag, 26% sind dagegen. Bei steigendem Einkommen nimmt die Ablehnung zu und erreicht bei der höchsten Einkommensklasse 41% Nein. 71% der Frauen, jedoch nur 48% der Männer heissen den Vorschlag gut (17% resp. 37% lehnen ihn ab).

Bei den grossen Parteien findet sich nur bei den Anhängern der SVP keine Mehrheit für den Vorschlag. Die Südostschweiz (GL, GR) ist die einzige Region, die diesen Vorschlag nicht mit einer absoluten Mehrheit unterstützt (43% Ja, 34% Nein).

Lehrstellenobligatorium

Das Obligatorium, eine Lehrstelle pro 20 Angestellte anzubieten, wird in der Bevölkerung mit 72% (16% Nein) befürwortet. Die Unterstützung nimmt zwar bei steigendem Einkommen ab, erreicht aber in allen Einkommensklassen eine Mehrheit. Wähler aus allen Parteien unterstützen den Vorschlag mit jeweils über 50%. Bei der SP-Wählerschaft erreicht dieser Anteil 84%. In keinem Kanton ist die Ablehnung grösser als 25%.

AHV Sanierungsvorschläge

Die politische Diskussionen zur Sicherung der AHV sieht hauptsächlich drei mögliche Lösungen: Man kann das Rentenalter erhöhen, die Steuern/Lohnbeiträge erhöhen und/oder Renten kürzen.

Das Volk lehnt wie schon in der Umfrage von Perspektive Schweiz 2004 alle Vorschläge ab. Die Erhöhung des Rentenalters wird mit 67% abgelehnt. Die Ablehnung nimmt bis zum Pensionsalter zu. Die grösste Bereitschaft, das Rentenalter zu erhöhen, findet sich bei der Altersgruppe der über 65 Jährigen (46% Ja zu 54% Nein). Ab Einkommen von über 6000 Fr. nimmt die Bereitschaft, länger zu arbeiten mit steigendem Einkommen zu. Abgesehen von der Wählerschaft der FDP verwirft eine absolute Mehrheit der Anhänger aller Parteien eine längere Arbeitszeit.

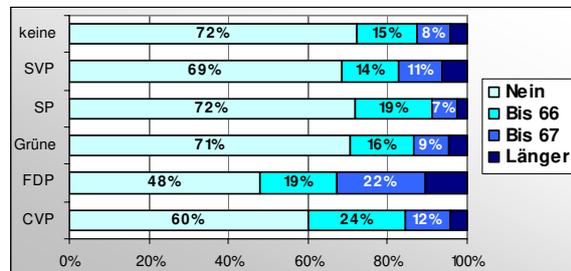


Abbildung 9: Alle ausser die FDP wollen zugunsten der AHV nicht länger arbeiten.

Auch für eine Steuererhöhung findet sich keine Mehrheit. Nur 24% der Bevölkerung sind eher oder klar bereit dazu, mehr Steuern oder Lohnabgaben für die AHV zu zahlen. Die Zustimmung nimmt mit höherem Alter zu. Bei den Linksparteien ist die Zustimmung grösser, erreicht aber keine Mehrheit.

Für Rentenkürzungen findet sich ebenso keine Mehrheit. Dieser Vorschlag wird mit 87% am deutlichsten abgelehnt (8% Ja). Am stärksten ist die Ablehnung in der Westschweiz. Mit steigendem Einkommen nimmt die Zustimmung zu, übersteigt jedoch 16 % nie.

Somit werden vom Volk alle derzeit als möglich erachtete Lösungen klar abgelehnt. Vergleicht man die Resultate mit denen von 2004 fällt folgendes auf: Damals waren noch 34% dafür, die Rentenbeiträge zu kürzen. Heute sind es noch 8%. 2004 waren 56% der Bevölkerung gegen eine Steuererhöhung und/oder Erhöhung der Lohnabgaben, 2006 sind es 69%.

Steuerpolitik

Übersicht

Nr.	Frage	Bin dafür	Weiss nicht / neutral	Bin dagegen
32	Die Erbschaftssteuer wird in allen Kantonen abgeschafft.	69%	12%	19%
33	Der Steuerwettbewerb für Einkommen über CHF 300'000.- wird abgeschafft, d.h. die Steuersätze für Einkommen über CHF 300'000 werden schweizweit vereinheitlicht.	66%	16%	18%
34	Für alle Kantone gilt eine Schuldenbremse. Die Kantone dürfen langfristig nicht mehr ausgegeben als sie einnehmen.	75%	15%	10%

Nr.	Frage	Gerechtfertigt	Weiss nicht /neutral	Nicht gerechtfertigt
35	Empfinden Sie die Steuern, die Sie zahlen, als gerechtfertigt in Anbetracht der Leistungen, die Sie erhalten?	37%	17%	46%

Die Steuerlandschaft der Schweiz ist in Bewegung. Immer mehr Kantone mischen beim Steuerwettbewerb um die reichen Steuerzahler mit. Neue Steuern werden eingeführt und alte werden abgeschafft. Die Steuerpolitik ist für die Schweiz sehr wichtig, da sie einen bedeutenden Standortfaktor darstellt.

Abschaffung der Erbschaftssteuer

Nur die Kantone, nicht aber der Bund, erheben Erbschaftssteuern. In der Vergangenheit haben einige Kantone die Erbschaftssteuer abgeschafft, wodurch eine steuerliche Ungleichheit zwischen den Kantonen gegeben ist.

Eine deutliche Mehrheit von 69% befürwortet die Abschaffung der Erbschaftsteuer in allen Kantonen (19% Nein). Mit steigendem Alter wächst die Zustimmung. Bürger mit Kindern befürworten den Vorschlag mit 74% (19% Nein) stärker, als Bürger ohne Kinder (63% Ja zu 18% Nein).

Auch in der Parteilandschaft gibt es Unterschiede: Bei den Anhängern der SP (51% Ja, 35% Nein) und den Grünen (47% Ja, 40% Nein) ist die Befürwortung weniger gross als bei Anhängern anderer Parteien.

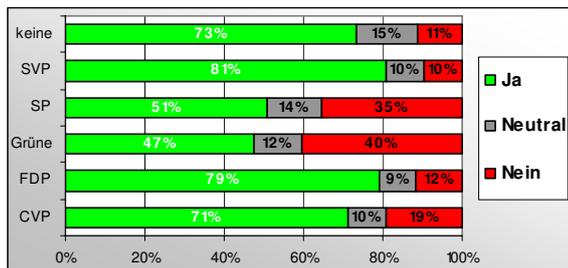


Abbildung 10: Bürgerliche Parteien wollen die Erbschaftsteuer abschaffen.

Steuerwettbewerb

Die Kantone können heute ihre Steuersätze unabhängig von den anderen Kantonen bestimmen. Als Konsequenz entstand in den vergangenen Jahren ein Steuerwettbewerb um reiche Steuerzahler.

Eine Mehrheit von 66% der Bevölkerung unterstützt die Abschaffung des Steuerwettbewerbs für Einkommen über 300'000 Fr (18% Nein). Hierfür müssten die Steuersätze für Einkommen über 300'000 Fr. schweizweit vereinheitlicht werden. Der Ja-Anteil nimmt mit steigendem Alter bis 65 Jahre zu: 73% der 55-64 Jährigen befürworten den Vorschlag, 18% lehnen ihn ab. Die Unterstützung nimmt bei der Einkommensgruppe von über 12'000 Fr./Monat stark ab und erreicht 55% Ja zu 39% Nein. Wähler aller Parteien unterstützen den Vor-

schlag, wobei der Ja-Anteil bei den FDP-Wählern mit 56% am niedrigsten liegt. Auch bei den Kantonen herrscht Konsens. Jedoch sind die Ja-Anteile in den steuergünstigen Kantonen Schwyz, Zug, Ob- und Nidwalden deutlich tiefer, als in der restlichen Schweiz.

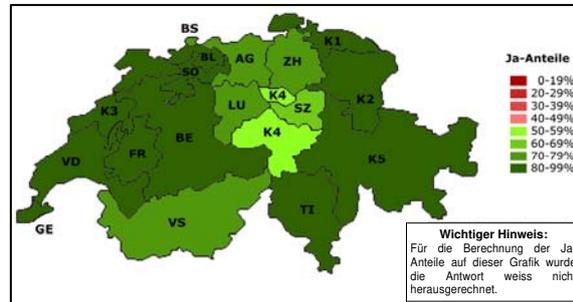


Abbildung 11: Die steuergünstigen Kantone SZ, ZG, OW und NW wollen den Steuerwettbewerb nur knapp abschaffen

Kantonale Schuldenbremse

Die Bruttoschulden der öffentlichen Haushalte (Bund, Kantone und Gemeinden) betragen 2004 239 Milliarden Fr. (ca. 54% des BIP). Die Bundesschuld nahm in den vergangenen Jahren am stärksten zu und macht mit 130 Milliarden Fr. die Hauptschuld aus. Die Kantone tragen mit einer Verschuldung von 72.5 Milliarden Fr. dieser Entwicklung bei (Quelle: EFD).

75% der Schweizer Bevölkerung befürwortet die Einführung einer Schuldenbremse auf kantonaler Ebene; 10% lehnen sie ab. Die Kantone dürfen so langfristig nicht mehr ausgeben, als sie einnehmen. Alle Parteien stimmen dem Vorschlag zu, bei den SVP- und FDP-Wählern mit 86% bzw. 83% fällt die Zustimmung jedoch stärker aus (5% resp. 8% Nein), als bei den SP- und Grünen-Wählern (57% resp. 64% Ja zu 20% resp. 17% Nein). Die Zustimmung nimmt mit fortschreitendem Alter zu (83% Ja zu 8% Nein bei den über 65 Jährigen).

Zufriedenheit mit Steuerlast

Eine relative Mehrheit der Bevölkerung von 46% ist der Meinung, dass die Staatsleistungen den Steuerzahlungen nicht gerecht werden, wohingegen 37% mit der Situation zufrieden sind. 17% machten keine Angaben. Am zufriedensten ist der reichere Mittelstand: 44% der Bürger mit einem Einkommen von 8001-12'000 Fr. finden die Steuerlast gerechtfertigt. Von den Bürgern mit Einkommen von weniger als 3000 Fr. finden dies nur 30%. Wähler der SP und der Grünen sind zufriedener als FDP-, CVP- und vor allem SVP-Wähler. Nur in den relativ steuergünstigen Kantonen Zug, Obwalden, Nidwalden und Zürich wiegt der Anteil der Zufriedenen vor. Mit 61% gibt es bezüglich der Steuerlast im Raum Neuenburg – Jura am meisten Unzufriedene. Eine absolute Mehrheit der Akademiker findet die Steuerlast gerechtfertigt, wohingegen die Zufriedenheit bei Nichtakademikern niedriger ist.

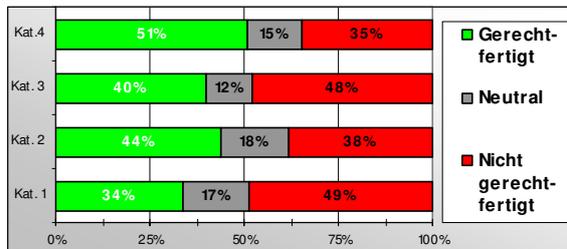


Abbildung 12: Akademiker finden die Steuerlast gerechtfertigt.

Legende	
Kat. 1	Obligatorische Schule
Kat. 2	Maturitätsschule, DMS
Kat. 3	Höhere Berufsausbildung
Kat. 4	Universität, Fachhochschule

Verkehrspolitik

Übersicht

Nr.	Frage	Bin dafür	Weiss nicht /neutral	Bin dagegen
36	Fahrzeuglenker müssen ab dem 70. Altersjahr alle zwei Jahre die praktische Führerprüfung wiederholen.	59%	13%	28%
37	Verkehrsdelikte werden gesamtschweizerisch gleich bestraft. Kantonale Besonderheiten werden vereinheitlicht.	90%	6%	4%

Nr.	Frage	Zu hoch	Richtig	Zu tief	Weiss nicht
38	Wie empfinden Sie allgemein die Höhe der Ordnungsbussen im Strassenverkehr?	37%	47%	11%	5%

Nr.	Frage	Weniger als heute	Gleich wie heute	Mehr wie heute	Weiss nicht
39	Wie häufig sollen auf Schweizer Strassen in Zukunft Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt werden?	22%	43%	33%	2%
40	Der Bund verfolgt heute eine Politik der Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene. Wie stark soll er diese Politik zukünftig vorantreiben?	5%	17%	75%	3%

Nr.	Frage	
41	Wie hoch soll Ihrer Meinung nach die maximale Geschwindigkeitsbeschränkung bei guten Bedingungen auf Schweizer Autobahnen angesetzt werden (in Km/h)?	
	Unter 80	0%
	80	1%
	90	0%
	100	4%
	110	2%
	120	32%
	130	33%
	140	17%
	150	6%
	Höher als 150	1%
	Unbegrenzt	4%

Die Mobilität unserer Gesellschaft nimmt kontinuierlich zu. Gleichzeitig steigt das Bedürfnis nach Sicherheit im Verkehr. Entsprechende Gesetze müssen hierzu die Rahmenbedingungen setzen.

Führerprüfung ab 70

Heute gibt es keine praktische Führerprüfung, welche die Fahrtüchtigkeit der Betagten untersucht; es genügt, wenn diese von einem Arzt beglaubigt wird.

Eine absolute Mehrheit von 59% der Bevölkerung befürwortet, dass Fahrzeuglenker ab 70 Jahren alle 2 Jahre ihre Fahrtüchtigkeit mit einer praktischen Prüfung bestätigen müssen (28% Nein). Die Zustimmung nimmt mit zunehmendem Alter ab, wobei bei den über 55-jährigen keine absolute Mehrheit mehr zu finden ist.

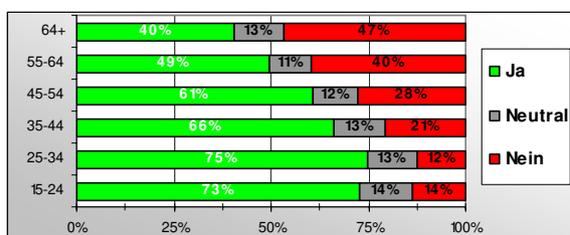


Abbildung 13: Bis 55 Jahren will die Mehrheit Führerprüfungen für Betagte einführen.

Die Rentner sind knapp dagegen (47% Nein gegenüber 42% Ja). Die kleinste Mehrheit findet sich bei den CVP-Wählern mit 51% Ja-Stimmen gegenüber 39% Nein-Stimmen, die grösste Mehrheit bei den SP-Wählern mit 65% Ja gegenüber 24% Nein-Stimmen. Die Mehrheit der Wähler aller Bundesratsparteien stimmt dem Vorschlag zu.

Einheitliche Ahndung Verkehrsdelikte

Verkehrsdelikte werden kantonal unterschiedlich geahndet. So können in einigen Kantonen bei starker Überschreitung der Geschwindigkeitslimite die Fahrzeuge der Delinquenten eingezogen werden, in anderen hingegen nicht. Eine eindeutige Mehrheit von 90% der Bevölkerung befürwortet aber den Vorschlag, die Bestrafung der Verkehrsdelikte schweizweit zu vereinheitlichen (4% Nein). Dieser Vorschlag wird von Wählern aller Parteien unterstützt. Es können keine soziodemografischen Unterschiede festgestellt werden. Einzig in den Kantonen Wallis und Tessin ist die Ablehnung dieses Vorschlages grösser als 10%.

Höhe der Ordnungsbussen

Die Bussen in der Schweiz sind im internationalen Vergleich hoch. Eine relative Mehrheit von 47% der Bevölkerung stuft aber die Höhe der Ordnungsbussen als angemessen ein. 37% empfinden sie als zu hoch.

Während bei den Männern 42% die Bussen als zu hoch empfinden, sind dies bei den Frauen hingegen lediglich 33%. Bei den Anhängern aller Bundesratsparteien ausser bei den Wählern der SVP empfindet ein absolutes Mehr die Ordnungsbussen angemessen. Nur in Schwyz empfindet mit 53% eine absolute Mehrheit die Ordnungsbussen als zu hoch.

Geschwindigkeitskontrollen

Eine relative Mehrheit von 43% wünscht sich keine Veränderung der Häufigkeit der Geschwindigkeitskontrollen im Vergleich zu heute. 22% möchten weniger und 33% möchten mehr Kontrollen als heute.

Ältere Personen wünschen tendenziell mehr Kontrollen (48% der über 65-Jährigen) als Junge (20% der 25-34-Jährigen). Eine absolute Mehrheit für häufigere Kontrollen findet sich nur bei den Anhängern der Grünen (51%). Bei den Anhängern der Bundesratsparteien ist der Wunsch nach weniger Kontrolle mit 34% bei den SVP-Wählern am grössten. Frauen und Personen mit Kindern weisen den grössten Anteil für mehr Geschwindigkeitskontrollen auf (37%, resp. 39% mehr als heute).

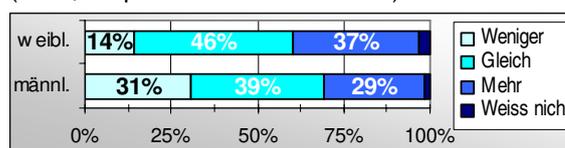


Abbildung 14: Männer wollen weniger Geschwindigkeitskontrollen als Frauen.

Verlagerung auf Schiene

Der Bund betreibt heute eine Politik der Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene.

Eine klare Mehrheit von 75% der Bevölkerung möchte eine stärkere Verlagerung auf die Schiene. 17% wollen mit der heutigen Politik fortfahren und 5% sind für eine Reduktion der Verlagerungspolitik. Die Anhänger der Grünen wollen mit 93% am stärksten die Verlagerung des Güterverkehrs noch stärker vorantreiben, wohingegen dies nur 63% der SVP-Anhänger fordern.

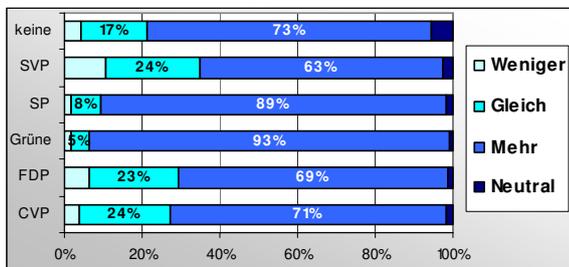


Abbildung 15: Alle Parteien möchten mehr Verlagerung auf die Schiene.

Geschwindigkeitslimite Autobahn

Im internationalen Vergleich ist die aktuelle Geschwindigkeitsbegrenzung auf Schweizer Autobahnen von 120 km/h eher niedrig angesetzt. Die meisten Länder kennen eine Richtgeschwindigkeit von 130 km/h.

So wollen auch 61% der Schweizer Bürger bei guten Bedingungen schneller fahren dürfen als die bisher erlaubten 120km/h. Die meistgenannte Antwort ist 130 km/h (33%). Mit einem Anteil von 75% wollen in der Altersgruppe der 25-34 Jährigen am meisten schneller fahren dürfen. Nur bei den Rentnern findet sich mit 45% keine Mehrheit, um die Geschwindigkeitslimite zu erhöhen. 72% der SVP-Wähler möchten schneller fahren dürfen als heute. Die Wähler der Linksparteien bevorzugen mit 47% bei den Grünen und 41% bei der SP am stärksten die aktuelle Limite.

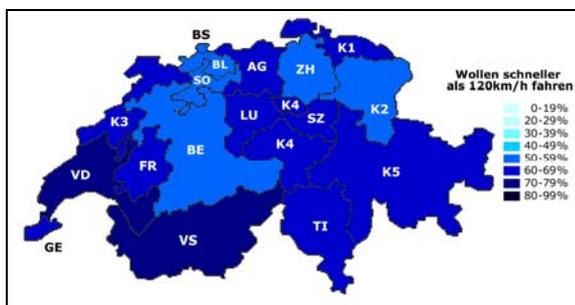


Abbildung 16: Alle Kantone wollen auf der Autobahn schneller fahren dürfen.

Energiepolitik

Übersicht

Nr.	Frage	
42	Wie viel Prozent mehr als heute sind Sie bereit für den Strom zu bezahlen, wenn dieser dafür aus vollständig erneuerbaren Ressourcen (Wasser, Wind, Sonne, etc.) erzeugt wird?	
	Gar nichts	39%
	20%	46%
	40%	10%
	70%	2%
	100%	2%
	Mehr als 100%	1%

Nr.	Frage	
43	Wie soll die künftige Energiepolitik bezüglich Atomenergie aussehen?	
	Sofortiger Ausstieg ist notwendig.	9%
	Es dürfen keine neuen Kraftwerke gebaut werden, die alten werden weiterbetrieben (Moratorium), aber nicht mehr ersetzt, wenn sie die maximale Betriebsdauer überschritten haben.	38%
	Es dürfen keine neuen Kraftwerke gebaut werden, die alten werden weiterbetrieben (Moratorium) und ersetzt, wenn sie die maximale Betriebsdauer überschritten haben.	25%
	Es braucht neben den bestehenden noch zusätzliche Atomkraftwerke.	19%
	Weiss nicht.	9%

Strom aus erneuerbaren Ressourcen

Die Preise für Strom aus erneuerbaren Ressourcen (Sonne, Wasser, Wind, etc.) sind heute mit Ausnahme der Wasserkraft erheblich höher als die Preise für Strom aus nicht erneuerbaren Ressourcen (Beispiel Bernerische Kraftwerke: Solarstrom ca. 1.00 Fr. Normalstrom ca. 0.27 Fr. pro Kwh)

Eine Mehrheit von 61% ist bereit, für Strom aus erneuerbaren Ressourcen mehr zu bezahlen. Nur eine Minderheit von 15% ist aber bereit, mehr als 20% Aufpreis für den Strom zu zahlen. Die Bereitschaft mehr zu zahlen, sinkt mit dem Alter der Bürger: 54% der über 65 Jährigen sind bereit mehr zu zahlen. Bis zu einem Einkommen von 12000 Fr. ist die Bereitschaft mehr zu zahlen zunehmend. 40% der Anhänger der Grünen sind bereit mindestens 40% mehr für Strom aus vollständig erneuerbaren Quellen zu zahlen, wobei dieser Anteil bei den FDP- und den SVP- Anhängern mit 10%, respektive 8% am niedrigsten ist.

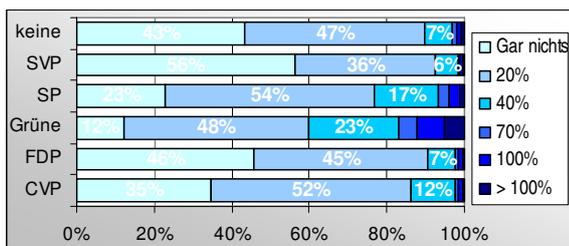


Abbildung 17: Grüne und SP bezahlen für Ökostrom am meisten

Bei Bürgern mit Kindern ist die Bereitschaft mehr zu bezahlen niedriger als bei kinderlosen Bürgern (57% Ja zu 66% Ja).

Atomenergie

Der Stromverbrauch der Schweiz steigt seit Jahrzehnten ohne Unterbruch an. Ab dem Jahr 2020 werden die Atomkraftwerke (AKW) der Schweiz aus Altersgründen nach und nach abgeschaltet. Damit steht der wachsende Stromverbrauch einer Stromproduktion gegenüber, die 38% kleiner ist. Gleichzeitig wird erwartet, dass der Bedarf an Strom weiter zunimmt.

Eine relative Mehrheit von 47% ist für den kurz- bis mittelfristigen Ausstieg aus der Atomkraft. 44% möchten weiterhin Atomstrom und die Kraftwerke an den bisherigen Standorten durch neue ersetzen. 19% davon wünschen sich sogar zusätzliche Atomkraftwerke.

Die Anhänger der Grünen befürworten mit 85% am stärksten einen kurz- bis mittelfristigen Ausstieg aus der Atomenergie. Die Kantone mit Atomkraftwerken lehnen einen Ausstieg tendenziell stärker ab. Die lateinischen Kantone und die beiden Basel hingegen, befürworten einen kurz- bis mittelfristigen Ausstieg am stärksten.

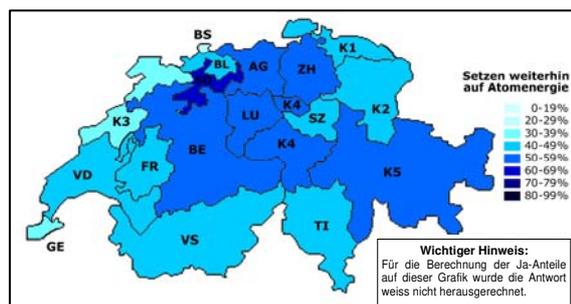


Abbildung 18: Kantone mit AKW setzen weiterhin auf Atomenergie.

Am meisten Unterstützung erhält die Atomenergie von der ältesten Bevölkerungsgruppe: 52% der über 65 Jährigen möchten zumindest die bestehenden Atomkraftwerke ersetzen. Zudem nimmt der Anteil der Atomenergiebefürworter mit sinkendem Einkommen ab. Frauen sind gegenüber der Atomenergie skeptischer eingestellt als Männer: 38% der Männer bevorzugen einen kurz- bis mittelfristigen Ausstieg, wohingegen dies 55% der Frauen möchten. Unterschiede gibt es bezüglich der Bildung: 18% der niedrigsten Bildungskategorie und 26% der höchsten Bildungskategorie sind für den Bau neuer Kraftwerke. Bezüglich der Option Ausstieg gibt es keine Unterschiede zwischen diesen beiden Bildungskategorien. Jeweils 9% bevorzugen diese Option.

Stichprobe und Methodik

Fragebogen

Der Fragebogen umfasst insgesamt 43 Fragen. Mit den elf ersten Fragen werden soziodemographische Angaben zur Person und zu deren Stimmverhalten erhoben. Die restlichen 32 Fragen sind in die fünf Themenbereiche Gesundheitspolitik, Verkehrspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Steuerpolitik und Energiepolitik eingeteilt. Sämtliche Fragen sind geschlossen und erlauben genau eine Antwort, sofern nichts anderes angegeben ist.

Anmerkung: In der Kurzfassung Ergebnisse wurde die Antwortmöglichkeit „Neutral/Weiss nicht“ aus Platzgründen mit „Neutral“ bezeichnet.

Datenerhebung

Die Daten sind anhand des oben beschriebenen Fragebogens durch die Online-Umfrage vom 11.10. bis zum 8.12.2006 erhoben worden. Teilnehmen konnten alle Personen mit Internetzugang.

Um ein mehrfaches Teilnehmen und ein zufälliges Ausfüllen des Fragebogens zu verhindern, wurden verschiedene technische Hilfsmittel eingesetzt. 1630 Antworten bei denen ein Verdacht auf Manipulation (Mehrfachteilnahme od. zufälliges Ausfüllen) bestand, wurden vor der Auswertung entfernt.

Für die Auswertung wurden Antworten von nicht Schweizer Bürgern entfernt. Dies war notwendig, da nicht genügend in der Schweiz wohnhafte Ausländer an der Umfrage teilgenommen haben.

Stichprobe

Die Stichprobe umfasst nach Löschung der 1630 Teilnehmer mit Verdacht auf Manipulation sowie Entfernung der Antworten aller unter 15-jährigen und nicht Schweizer Bürger **20'614 Teilnehmer**. Diese Stichprobe wäre unbearbeitet nicht repräsentativ. Sie enthält grundsätzlich folgende statistische Verzerrungen:

- **Soziodemographische Verzerrung:** Junge, gut gebildete und reiche Männer haben besseren Zugang zum Internet und haben daher überproportional stark an der Umfrage teilgenommen.
- **Psychographische Verzerrung:** Vor allem die Altersgruppe der über 65-jährigen, bei welchen die Durchdringung mit Internetan-

schlüssen eher gering ist, kann eine psychographische Abweichung zum Tragen kommen. Dies da technologieaffine Personen eher einen Internetzugang haben als technologieaverse Personen. Die Teilnahme an der Umfrage erfolgte auf Initiative der Teilnehmer selbst. Es haben daher vorwiegend politisch interessierte Personen an der Umfrage teilgenommen, welche sich in der Regel auch an Volksabstimmungen beteiligen.

Um die soziodemographische Verzerrung zu korrigieren, wurden die Antworten nach den Kriterien Bildung, Geschlecht, Kanton und Alter gewichtet. Dabei wurden die Daten der Volkszählung 2000 vom Bundesamt für Statistik als Grundlage verwendet. Die Kriterien Einkommen und Beruf korrelieren stark mit der Bildung, weshalb nicht separat nach diesen gewichtet wurde.

Regionen

Um den Effekt der Verzerrungen möglichst gering zu halten, wurden bei der Auswertung keine Aussagen über Gruppen mit weniger als 450 Teilnehmern gemacht. Aus diesem Grund wurden einzelne Kantone die weniger als 450 Teilnehmer zu verzeichnen haben, mit anderen Kantonen zu Regionen zusammengelegt. Ein Rückschluss vom Ergebnis einer Region auf den einzelnen Kanton innerhalb dieser Region ist nicht möglich. Folgende Kantone wurden zu Regionen zusammengefasst:

Region	Name	Kantone
K1	Nordostschweiz	SH, TG
K2	Ostschweiz	SG, AI, AR
K3	Nordwestschweiz	NE, JU
K4	Zentralschweiz	OW, NW, UR, ZG
K5	Südostschweiz	GR, GL

Danksagungen

Ohne die grosszügige Unterstützung von verschiedenen Persönlichkeiten, Unternehmen und Organisationen wäre die Durchführung des Projekts Perspektive Schweiz nicht möglich gewesen. Wir danken herzlich für das Engagement und die wertvollen partnerschaftlichen Beiträge.

Ein herzlicher Dank geht an:

- die Mitglieder des Patronats: Doris Leuthard, Hansjörg Walter, Fulvio Pelli, Werner Marti und Ruth Genner in der Deutschschweiz. Christian Levrat, Pierre Kohler, Martine Brunswig-Graf und Jean-François Rime in der Westschweiz.

- die Hauptsponsoren:



- die Medienpartner:



- die Spender



- die Internetpartner:

ignoranz.ch. sowie:



- die Organisationen



JCVP DER SCHWEIZ

